PROTOKOLL

über die 42., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag, dem 20. September 1973, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14. 00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:
Bürgermeister Josef Fellinger

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:
Leopold Petermair
Franz Weiss

STADTRÄTE:
Alfred Baumann
Rudolf Fürst
Konrad Kinzelhofer
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:
Johann Brunmair
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Karl Fritsch
Dr. Hermann Gärber
Karl Gherbetz
Johann Heigl
Anna Kaltenbrunner
Walter Kienesberger
Friedrich Kohout
Rudolf Luksch
Franz Mayr
Walter Moser
Erich Sablik
Hubert Saiber
Heinrich Schwarz
Prof. Dr. Konrad Schneider
Dr. Alois Stellnberger
Otto Treml
Johann Zöchling

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller
Oberamtsrat Alfred Eckl
Oberamtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:
AR. Walter Radmoser
VB. Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

1) Präs-340/73	Beantwortung der Anfrage des Stadtrates Manfred Wallner vom 19. 6. 1973.
2) Buch-6100/72	Genehmigung des Rechnungsabschlusses 1972 der Stadt Steyr.
3) Buch-4511/73	Krediterhöhung bei VP 14-50 oH. (Aufwand für straßenpolizeiliche Maßnahmen).

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

4) K-2230/73	Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1973/74.
5) GHJ1-3723/73	Anschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen bzw. Schulreinigungsgeräten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

6) Bau2-3385/73	Übernahme des Liedlgutweges in das öffentliche Gut.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

7) ÖAG-5445/72	Ankauf der Liegenschaft Steyr, Dukartstraße 23.
8) ÖAG-4734/72	Ankauf der Liegenschaft Steyr, Viaduktgasse 3 und 5.
9) ÖAG-3672/67	Bauvorhaben Steyr, Resthof II; Übereignung der Bauliegenschaft an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH. der Stadt Steyr.
10) Bau3-2271/72	Grundablösen im Zuge der Umfahrung über den Hundsgraben, linker Brückenkopf - Ausbau der Tomitzstraße - Knoten Leopold-Werndl-Straße.
11) GHJ1-4311/73	Errichtung eines Gewächshauses für die Stadtgärtnerei.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

12) GHJ2-5737/72	Durchführung von Adaptierungsarbeiten im städtischen Objekt Steyr, Gleinker Hauptstraße 12.
13) GHJ2-3764/71	Einbau eines neuen Heizöllagerbehälters im ehemaligen Hotel Münichholz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

14) Bau5-5335/62	Ankauf von Gemeinschaftskühlschränken für das Zentralaltersheim.
15) GHJ2-3861/72	Umstellung der Ölfeuerung im Zentralaltersheim auf Gasbetrieb (Erdgas).

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

16) ÖAG-3773/73 Städt. Untern.	Genehmigung der Jahresbilanz 1972 der Städtischen Unternehmungen.
17) ÖAG-4858/68 Gaswerk	Umstellung auf Erdgas; Vergabe von Aufträgen.
18) ÖAG-4858/68 Gaswerk	Umstellung auf Erdgas; Umbaukosten.
19) ÖAG-4028/73 Gaswerk	Lieferung und Montage der technischen Einrichtung der Erdgasübernahmestellen Resthof und Ennsleite und Lieferung und Montage von Reduzierstationen.
20) ÖAG-3915/73 Gaswerk	Bauarbeiten zur Errichtung der Erdgasreduzierstationen beim Resthof und auf der Ennsleite.
21) ÖAG-4858/68 Gaswerk	Sanierung des Niederdruckverteilungsnetzes des Gaswerkes.
22) ÖAG-322/73 Städt. Untern.	Ergänzung des GR-Beschlusses betreffend den Verlustersatz 1972 (Restzahlung) an die Städtischen Unternehmungen.
23) Sport-6577/65	Sporthalle Steyr; Genehmigung der Tarifordnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

24) Bau6-3065/65 Bau6-6041/70	Sammler F, 4. Bauabschnitt; Kanalisierung Gleink, Gruppen IV und V; Vergabe der Bauarbeiten.
25) ÖAG-1111/73 Wasserwerk	Voralpenbundesstraße, Baulos Griemühle, Unterdükerung des Ramingbaches.
26) Bau5-5388/70	Ergänzung des StS-Beschlusses betreffend die Vergabe der Steinmetzarbeiten für den Umbau des Neutorgebäudes.
27) En-2681/73	Herstellung einer Straßenbeleuchtung für den Verbindungsweg von der Robert-Koch-Straße zur Schumeierstraße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

28) Bau5-4250/73	Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Einkaufszentrums an der Ennser Straße (Infracenter).

29) Bau5-3797/73 Reparatur bzw. Erweiterung der Umkleide-, Brause- und WC-Anlagen im städtischen Wirtschaftshof.

30) Bau3-3606/73 Durchführung von laufenden Straßenerhaltungsarbeiten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung herzlich begrüßen. Ich stelle fest, daß sie beschlußfähig ist. Es haben sich eine Reihe von Kollegen entschuldigt, und zwar die Stadträte Besendorfer und Wallner und die Gemeinderäte Ing. Böhm, Frühauf, Ing. Holzinger, Frau Gemeinderat Molterer, Gemeinderat Knogler und Pils.

Protokollprüfer für die heutige Sitzung sollen Herr Gemeinderat Dr. Stellnberger und Herr Gemeinderat Zöchling sein. Ich bitte Sie, diese Funktion zu übernehmen. Die Tagesordnung selbst wurde Ihnen zugesandt. Es hat sich niemand dagegen ausgesprochen, sodaß ich feststellen kann, daß sie von Ihnen angenommen ist. Laut Tagesordnung habe ich selbst einige Punkte vorzutragen und ich bitte daher Kollegen Weiss, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um die Berichterstattung des Bürgermeisters.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der erste Tagesordnungspunkt ist die Beantwortung einer Anfrage des Herrn Stadtrates Wallner aus der Sitzung vom 19. 6. 1973. Sie gestatten, daß ich hier die Anfrage und die Beantwortung vorlese:

1) Präs-340/73
Beantwortung der Anfrage des Stadtrates Manfred Wallner vom 19. 6. 1973.

In der Gemeinderatssitzung am 19. Juni 1973 wurde an mich durch Herrn Stadtrat Manfred Wallner nachstehende Anfrage ordnungsgemäß überreicht:

"Gemäß § 15 der GOG richte ich namens der Gemeinderatsfraktion der ÖVP an Herrn Bürgermeister folgende Anfrage:

Im Zusammenhang mit einer in den letzten Wochen verlautbarten Pressemeldung über die Errichtung eines sogenannten "Infra-Centers an der Ennser Straße wurden an die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion seitens der Bevölkerung verschiedene Anfragen über Details dieser Bebauung gerichtet.

Aus dem Pressebericht mußte entnommen werden, daß bereits konkrete Maßnahmen zur Realisierung dieses Projektes in planerischer Hinsicht gesetzt wurden und hiefür auch städtischer Grundbesitz zur Verfügung gestellt wurde.

Der ÖVP-Fraktion ist bekannt, daß das in Aussicht genommene Areal von einem Bebauungsplan nicht erfaßt ist. Der Gemeinderat war bisher weder mit einer Widmungserklärung oder Ausnahmegenehmigung für dieses Projekt beziehungsweise Grundstück befaßt, noch mit einem Antrag auf Überlassung städtischen Grundbesitzes an den Bauwerber.

Die Gemeinderatsfraktion der ÖVP stellt daher die Anfrage, ob
1. konkrete Verhandlungen zwischen der Gemeinde und dem Bauwerber stattgefunden haben, und
2. ob konkrete Zusagen seitens der Gemeinde betreffend der Zulässigkeit der Bebauung, der Vornahme von Aufschließungen durch die Gemeinde und der Überlassung städtischen Grundes zu diesem Zweck gegeben wurden."

Ich habe in der Sitzung vom 19. 6. 1973 wie folgt geantwortet:

"Ich darf hier, wenn Sie es wollen, einen Zwischenbericht geben, denn ich bin außerstande, all diese Anfragen heute zu beantworten, weil sie noch nicht Gegenstand von Erörterungen in der Gemeinde selbst waren. Tatsache ist, daß ein Vertreter der Firma vorgesprochen hat und mitteilte, daß sie

aus Privatbesitz das Grundstück, auf dem sie dieses Geschäft errichten will, erworben hat. Sicher müßten wir unsere bauwidmungsmäßige Zustimmung im Gemeinderat erst beschließen. Die Vorsprache hat mehr den Charakter einer Anfrage gehabt, die aber von der Gemeinde noch nicht endgültig behandelt wurde. Sie werden zeitgerecht in den geeigneten Gremien mit diesem Problem beschäftigt werden."

Ich darf zu diesen Ausführungen folgendes ergänzend zur Kenntnis bringen:

Von der Firma wurde mittlerweilen ein ordnungsgemäßes Bauansuchen eingebracht. Dieses wurde sowohl im gemeinderätlichen Bauausschuß als auch im Finanz- und Rechtsausschuß eingehend im Hinblick auf eine zu erlassende Ausnahmegenehmigung behandelt und sodann dem Gemeinderat zugeleitet. Es ist in der Tagesordnung der heutigen Sitzung enthalten und liegt somit dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlußfassung vor.

Ich darf Sie ersuchen, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, damit wird diese Erklärung des Herrn Bürgermeisters zur Kenntnis genommen.

Wir haben damit den ersten Tagesordnungspunkt erledigt und wir kommen nun zum zweiten Punkt "Genehmigung des Rechnungsabschlusses 1972 der Stadt Steyr". Auch dazu berichtet der Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren!

So wie alljährlich haben wir den Rechnungsabschluß des Vorjahres zu genehmigen.

Es ist dieser Rechnungsabschluß in seiner Struktur die Zusammenfassung aller Beschlüsse, die Sie, werte Damen und Herren, im Laufe des Geschäftsjahres gefaßt haben. Es ist daher nicht möglich, über einzelne Details neuerlich Beschlüsse zu fassen, sondern er soll in seiner Gesamtheit von Ihnen genehmigt werden. Es ist nicht ganz uninteressant, auf ein paar Details hinzuweisen. Ich weiß, Sie haben schon geraume Zeit diesen Rechnungsabschluß in Händen. Sie haben ihn nicht nur persönlich sondern auch im Rahmen Ihrer Fraktionen durchbesprochen, diskutiert und gelesen, sodaß ich hier keine allzu weitläufigen Ausführungen machen muß. Ich darf mich im wesentlichen auf einige Hinweise beschränken.

Ich habe schon bei der Beschlußfassung des Nachtragsbudgets vom Jahre 1972 feststellen können, daß einige Argumente, die zur Beschlußfassung des oH 1972 zu Ende des Jahres 1971 geführt haben, durch eine gewisse Prognose von Wirtschaftsfachleuten für das Wirtschaftsjahr 1972 Anlaß gegeben haben, äußerst vorsichtig zu kalkulieren. Die Prognosen der Fachleute und Wirtschaftsinstitute haben für das Jahr 1972 einen Rückgang der Konjunktur, des Wirtschaftswachstums erwarten lassen. Zum Zeitpunkt der Beschlußfassung und der Beratung über den Nachtragsvoranschlag 1972 waren wir in Kenntnis, daß diese Prognosen nicht nur nicht eingetreten sind, sondern im Gegenteil auch im Wirtschaftsjahr 1972 das Wirtschaftswachstum wieder und stärker zugenommen hat. Das Resultat dieses Umstandes auf unseren Haushalt bezogen zeigt, es haben eine Reihe gerade von wirtschaftswachstumsabhängigen Steuern und Einnahmequellen rascher und stärker zugenommen, als wir prognostiziert haben. So konnte schon beim Nachtragsvoranschlag festgestellt werden, daß ein Einnahmenplus von ungefähr S 30,8 Mill. zu verzeichnen sein wird. Es hat diese Feststellung, im Nachtragsvoranschlag gemacht, auch in der Rechnung ihren

Niederschlag gefunden. Das vielleicht ganz kurz zu einem Vergleich zwischen Haushaltsvoranschlag, Nachtragsvoranschlag und Rechnung für 1972. Sie haben in der schriftlichen Zusammenfassung einen sehr in das Detail gehenden Vorbericht in Händen, der Ihnen über wesentliche Motive und Details dieser Haushaltsgebarung Aufschluß gibt. Sie sehen, daß wir eine Kassengebarung von S 314 Mill. brutto zu verzeichnen haben. Was ich schon vorher gesagt habe, daß die präliminierten Steuereingänge in besserem Umfang, in größerer Höhe eingetreten sind, findet in der Reduzierung der veranschlagten Darlehensaufnahme seinen Niederschlag. Wir haben ungefähr mit S 40 Mill. Aufnahme von Kassenkrediten gerechnet. 17,7 Mill. mußten wir tatsächlich zur Abdeckung vor allem des aoH. von Kreditinstituten aufnehmen. Das ist für uns eine sicher sehr erfreuliche Maßnahme, denn sie ist dazu angetan, den Schuldenstand unserer Stadt auf noch immer sehr niedrigem Niveau zu halten. Sie sehen dann in diesem Vorbericht eine Übersicht über die Gesamtausgaben, aufgeteilt nach den einzelnen Ressorts, nach der Gliederung des Haushaltsvoranschlages ebenso wie der Haushaltsrechnung. Ich bitte Sie, diese Posten zu studieren und zu lesen. Erfreulich für den Kommunalpolitiker ist vielleicht - wenn ich hier auf einen Satz hinweisen darf - daß die Investitionsförderung oder besser gasagt die investitions- bzw. vermögenswirksamen Ausgaben von 1970 mit 32 %, 1971 mit 30 % ausgewiesen, im Rechnungsjahr 1972 37,4 % erreichen können. Das ist eine erfreuliche Situation gerade für die Kommunalpolitiker, denn für sie stellt die Beratung und Beschlußfassung über jene nicht gebundenen Vorhaben der Stadt, für die Tätigkeit auf dem Sektor der infrastrukturellen Ausgestaltung in unserer Stadt, einen wesentlichen Bestandteil der Tätigkeit dar. Hier können wir feststellen, daß wir mehr als in den vergangenen Jahren für diese frei verfügbaren Posten aufwenden konnten. Wozu haben wir sie hauptsächlich verwendet?

Vorwiegend im Straßenbau, im Verkehrswesen, Straßen- und Brückenbau. Hier sehen wir eine sehr steil ansteigende Kurve zwischen den Jahren 1970, 1971 und 1972 von rund S 5 Mill. über S 12 Mill. bis S 34 Mill., wenn ich ab- bzw. aufrunden darf. Hervorgerufen natürlich im wesentlichen - wie wir wissen, das ist ja nur eine Erinnerung - durch die Hundsgrabenumfahrung und den Bau der Schönauerbrücke, die gerade im Jahre 1972 einen sehr hohen Anteil an den Mitteln, die wir im aoH. einsetzen konnten, verschlungen haben. Wenn Sie vielleicht in einer weiteren Rubrik "Soziale Einrichtungen" einen augenscheinlichen Rückgang sehen, so möchte ich zur Erklärung sagen, daß wir in den vergangenen Jahren durch Zuweisungen an noch Restabwicklungen für den Altersheimzubau höhere Kosten aufwenden mußten, die im Jahre 1972 nicht mehr angefallen sind.

Eine ebenfalls sehr steil ansteigende Kurve nimmt die Post "Öffentliche Einrichtung", hier Kanalisation, ein. Wir finden 1972 S 7,3 Mill. gegenüber 2 Mill. 1970 und 3 Mill. 1971. Es ist dies vor allem eine Post, die - das werden wir bei den Haushaltsvoranschlagsberatungen für das kommende Jahr nochmals feststellen - auch in den zukünftigen Budgets eine immer dominierendere Rolle einnehmen wird. Nur ein Wort voraus gesagt den Haushaltsvoranschlagsberatungen. Wenn wir mit dem gleichen Ansatz wie vergangenes Jahr und heuer in den kommenden Jahren auskommen wollen, müßten wir sehr lange noch auf eine endgültige Abwasserbeseitigung in unserer Stadt warten. Wir können es nicht. Wir können es uns nicht leisten, die ständig zunehmende, durch Tech-

nisierung usw. hervorgerufene Mehrbelastung unserer Abwässer abzuwarten und werden in den kommenden Jahren noch höhere Beträge einsetzen müssen und auch in der Rechnung vorfinden. Das vielleicht ganz kurz zu dem Problem der Kanalisation.

Die anderen Posten sind im großen und ganzen nicht sehr von denen vergangener Jahre abweichend.

Bitte vielleicht noch eine Post, wenn wir die Investitionen, die nur in über einer Million ausgewiesen werden, betrachten. Auch eine einmalige Situation, die Anschaffung des Feuerwehrwagens, der sogenannten Gelenkbühne, die wesentlich über eine Million erfordert hat.

Wenn wir die Steuern ansehen, die eigenen Steuern und die Zuwachsraten der Steuern, die wohl zum Teil Gemeindesteuern sind, aber nicht direkt von der Gemeinde eingehoben werden, so sehen wir gerade bei der Gewerbe- und bei der Lohnsummensteuer diese entscheidende Steigerung gegenüber dem Haushaltsvoranschlag und auch gegenüber den Haushaltsrechnungen vergangener Jahre, hervorgerufen durch - ich habe es schon durch das Wirtschaftswachstum angedeutet - die Vollbeschäftigung. Gerade in Steyr glaube ich, können wir der Vollbeschäftigung nur unser ganz besonderes Augenmerk zuwenden. Sie sehen aus den Zahlen, hier aus den Einnahmen, daß gerade diese beiden Steuern, die Gewerbe- und die Lohnsummensteuer nur abhängig sind von der Wirtschaft, abhängig sind von der Vollbeschäftigung, der wir besonderes Augenmerk, soweit es in unserer Macht und Einflußsphäre liegt, zuwenden können und daß natürlich auch parallel dazu die Abgabenertragsanteile einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, auch dieses gute Einnahmenergebnis zu bewerkstelligen. Sie sehen hier Einnahmen von S 40 Mill. im Jahre 1970, S 51 Mill. im Jahre 1971 und S 65 Mill. im Jahre 1972. Eine Situation, die wir - glaube ich - mit Genugtuung, mit Freude möchte ich fast sagen, feststellen können.

Im wesentlichen vielleicht möchte ich Sie noch auf die Darstellung der einzelnen Ausgabeposten im aoH. hinweisen. Hier zeigt sich so deutlich, daß noch die Rechnung der Ennsleitenschule mit S 6 Mill. und vor allem des Straßenbaues mit wieder S 33 Mill. zu Buche steht, das Kanalwesen selbst mit 6,4 und der Ankauf von Feuerwehrfahrzeugen mit S 1,9 Mill.

Eine Situation, die gerade Aktualität besitzt. Hier möchte ich hinweisen auf den Zuschußbedarf der Handelsschule und Handelsakademie in der Höhe von rund S 5 Mill. Wir haben vor wenigen Tagen die Endredaktion des Vertrages mit dem Bund zur Verbundlichung dieser Schule abgeschlossen und erwarten in Kürze die Unterzeichnung dieser Verträge, die uns in den kommenden Jahren dieses Zuschußbedarfes entheben. Allerdings stehen dem positiven Ergebnis aus dieser Situation natürlich einige Jahre eine Belastung entgegen, da wir als Gemeinde das Haus, das neue Schulgebäude bauen müssen, den Grund gekauft haben und die Hälfte der Baukosten - ich nenne nur eine Hausnummer - in einer Größenordnung von S 40 - 50 Mill. als Gemeindebeitrag beisteuern müssen. Wir müssen den ganzen Betrag aber vorerst aufbringen; 50 % werden in Form eines Leasing vom Unterrichtsministerium oder besser gesagt vom Bund der Gemeinde in einem Zeitraum von 15 Jahren refundiert.

Ich bitte Sie, mit diesen ganz kurzen Erläuterungen den Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1972 zu genehmigen.

Es deckt sich dieser Wortlaut auch schon mit dem Antrag.

2) Buch-6100/72
Genehmigung des Rechnungsab-

schlusses 1972 der Stadt Steyr.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Jahr 1972 wird genehmigt. (BEILAGE A).

Ich bitte den Vorsitzenden, darüber die Diskussion bzw. Beschlußfassung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!
Ich danke dem Bürgermeister für die Berichterstattung. Der Rechnungsabschluß steht zur Diskussion.
Herr Gemeinderat Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Erlauben Sie auch mir, auf einige interessante Details hinzuweisen, so ähnlich wie es der Herr Bürgermeister von seiner Warte aus dargestellt hat.

Natürlich widerspiegelt auch dieser Rechnungsabschluß die Beschlüsse, die vom Gemeinderat gefaßt wurden. Aber ich möchte auch erinnern, daß es hier auch unterschiedliche Meinungen gegeben hat.

Beim vorliegenden Rechnungsabschluß für 1972 stellt sich eine Steigerung allein bei den eigenen Steuern um S 10,2 Mill. gegenüber dem Jahr 1971 heraus. Wir Kommunisten hatten voll recht gehabt, als die Ansätze zu niedrig veranschlagt wurden, als wir das feststellten bei der Budgetdebatte für das Jahr 1972. Gleichzeitig fügten wir hinzu, daß dieses Budget eine einseitige Belastung der werktätigen Bevölkerung darstellt. Auch der Bürgermeister hat in seinen einleitenden Bemerkungen darauf hingewiesen, daß man - es waren zwar die Wirtschaftsfachleute wie er gesagt hat - das Wirtschaftswachstum als rückgängig hingestellt hat. Ich habe schon damals - das möchte ich hier sagen - in diesem Raum erwähnt, daß offenbar die SP-Mehrheit in diesem Haus kein großes Vertrauen zu ihrer eigenen Regierung hatte. Damals hatten sie ja schon die absolute Mehrheit. Entgegen der Stimme einiger Mandatare im Jahre 1972 - wie schon der Herr Bürgermeister angeführt hat - hat die Gewerbesteuer einen Mehrertrag von 6,2 Mill. gebracht und die Lohnsummensteuer ist um 3,2 Mill. auf rund 26 Mill. gestiegen. Dazu, meine Damen und Herren des Gemeinderates, kommen noch die Mehreinnahmen der Gebühren und Tariferhöhungen, die Sie im Gemeinderat gegen die Stimme der Kommunisten in diesem Jahr beschlossen haben. Damit haben Sie auch der Steyrer Bevölkerung zusätzliche Belastungen auferlegt, die sie ohnedies durch die allgemeine Regierungs- und Inflationspolitik zu tragen hatte.

Allerdings stehen diesen Mehreinnahmen auch Mehrausgaben gegenüber. Z. B. war im Budget für 1972 für die Funktionsgebühren der Mandatare der nicht kleine Betrag von 1,7 Mill. veranschlagt, aber es wurden, wenn die Gemeinderäte genau gelesen haben, im Abrechnungsjahr 1972 um S 600.000,- mehr ausgegeben. Das scheint für uns Kommunisten eine sehr interessante Feststellung zu sein. Aber bitte diese Erhöhung des Betrages von S 1,7 Mill. auf S 2,3 Mill. konnte man natürlich nicht voraussehen. Denn nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers vor den Wahlen 1971, wenn er an die Macht kommt, hat er vor den Wahlen das Versprechen abgegeben, daß er die Politikerprivilegien abbauen werde, dann ist es klar, daß man nicht diese Post höher ansetzen kann. Man wußte von Seiten der Mehrheit des Gemeinderates nicht einmal bei der letzten Budgetdebatte die genauen erhöhten Funktionsgebühren, obwohl am nächsten Tag, am 15. 12. 1972, jeder der hier sitzenden Mandatare seinen Lohnzettel mit einer gewaltigen Nachzahlung in Händen hatte.

Natürlich zeigt auch der Rechnungsabschluß noch andere Ausgaben auf, nämlich die gewaltigen Summen für die Verbesserung der Infrastruktur unserer Stadt, so wurden allein für den Straßen- und Brückenbau zusammen S 33 Mill. und für den Schul- und Kanalbau zusammen über S 12 Mill. ausgegeben.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Für die Hauptsorge, für das Wohnungsproblem unserer Stadt, für den Bau von mehr Wohnungen, wurden nur S 1,030.000,- und dies an Darlehen den Wohnungsgenossenschaften zur Verfügung gestellt. Genauer gesagt für die eigene Wohnungsgenossenschaft, für die GWG der Stadt, entfielen nur S 900.000,-- und dies, wie Sie genau wissen, bei einer jährlichen Baukostensteigerung von 19 - 20 %. Wir Kommunisten betrachten die Wohnungsfrage in unserer Stadt, in der es weit mehr als 2.000 Familien gibt, die eine Wohnung benötigen, als Problem Nr. 1. Ich möchte hinzufügen, daß wir Kommunisten dieses Problem nicht nur vor den Wahlen stellen, sondern Jahr für Jahr forderten wir von der Mehrheit des Gemeinderates mehr Mittel für den Wohnungsbau. Die Mehrheitsfraktion dieses Gemeinderates erinnert sich offenbar nur vor Neuwahlen an die große Wohnungsnot, zumindest konnte man dies nicht in einem Programm, sondern in der Kronen-Zeitung vom letzten Sonntag lesen. Auf Grund dieser Auffassung, die ich hier vertreten und auch begründen möchte, will ich Ihnen die Budgetmittel, die in den letzten Jahren für den Wohnungsbau veranschlagt wurden, in Erinnerung rufen. Wie Sie wissen, wurden jährlich von diesem Forum S 10 Mill. festgelegt. Tatsächlich ausgegeben, laut Rechnungsabschluß - ich glaube schon, daß Kollegen Kienesberger Zeitlang wird, aber wenn er sich das angesehen hätte, so ist das interessant, gerade im Hinblick auf die Hauptsorge, die wir zu tragen haben gegenüber unserer Bevölkerung. 1970 S 1,5 Mill., im Jahre 1971 waren es nur mehr S 830.000,-- und wie ich schon angeführt habe, im Jahre 1972 etwas mehr als 1 Mill. Nun, man wird mir wahrscheinlich wieder antworten - es ist nicht das erste Mal, daß ich eine solche Antwort hier bekommen habe - das ist ja bereits im Vorbericht zu lesen, die GWG hat genügend Eigenmittel, die benötigt nicht die im Budget vorgesehenen Mittel. Diese Methode bezeichne ich - gelinde gesagt - als "Augenauswischerei", denn die Wohnbautätigkeit in den letzten 4 Jahren hat eine rückläufige Tendenz, es wurden nur insgesamt 399 Wohnungen fertiggestellt und das heißt, daß man gegenüber den Versprechungen jährlich 150 Wohnungen mehr zu bauen, in Wirklichkeit genau um ein Drittel weniger gebaut wurden. Aber im Vorbericht war OAR Stary so nett und hat darauf hingewiesen, daß bis Juni 1973 eigentlich nur 52 Wohnungen fertiggestellt wurden und das in einem Wahljahr. So sehen die Versprechungen der SP-Mehrheit in Wirklichkeit aus und die Vertreter der ÖVP und der Freiheitlichen Partei schweigen dazu. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen am 21. Oktober - wie Sie alle wissen - wurden heuer keine Gebühren- und Tariferhöhungen durchgeführt. Wenn man sich die Bilanz der Städt. Unternehmungen nur oberflächlich ansieht - man braucht dabei kein großer Kenner zu sein - so wird dieser Rückstau in der Höhe von über S 2 Mill. allein aus dem Jahre 1972 in Form von neuen Gebühren- und Tariferhöhungen und unter Anrechnung der Mehrwertsteuer sowie der Einführung der Biersteuer abgebaut werden. Offenbar denken die meisten Mandatare der anderen drei Fraktionen hier im Gemeinderat, die zum großen Teil wiederum kandidieren für den neuen Gemeinderat, die Bevölkerung soll uns am 21. Ok-

tober wieder auf 6 Jahre wählen und wir werden ihnen nach den Wahlen den Dank durch kostendeckende Gebühren- und Tariferhöhungen von einigen Millionen Schilling auferlegen. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geben wir Kommunisten nur dem Zahlenwerk des Rechnungsabschlusses die Zustimmung.

Wir sind nach wie vor gegen die unsoziale Gebühren- und Tarifpolitik der Mehrheit des Gemeinderates, wir Kommunisten sind nach wie vor gegen die Millionenausgaben für die ehrenamtlichen Funktionäre der Gemeinde und wir lehnen auch die verfehlte Wohnbaupolitik, wie ich sie jetzt aufgezeigt habe, weniger Wohnungen aber dafür höhere Mieten, ab.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Nächster Diskussionsredner ist Kollege Petermair!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie immer stimmen wir dem Rechnungsabschluß für das Jahr 1972 grundsätzlich zu, und zwar aus buchhalterischen und sachlichen Gründen, weil es ein Rechnungswerk ist. Das soll aber nicht heißen, daß wir alle jene Beschlüsse, denen wir im vergangenen Jahr, im Rechnungsjahr 1972, nicht zustimmen konnten, durch unser heutiges "Ja" nachträglich akzeptieren. So vor allem die große S 3,6 Mill.-Transaktion aus dem Volkskinoankauf.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Noch eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Wir schreiten daher zur Abstimmung. Der Rechnungsabschluß ist vom Gemeinderat zu genehmigen.

Wer für den Rechnungsabschluß in der vorgetragenen Form ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Ich stelle die einstimmige Annahme des Rechnungsabschlusses 1972 fest und bitte den Herrn Bürgermeister um den Vortrag seines nächsten Tagesordnungspunktes.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der nächste Tagesordnungspunkt hat eine Krediterhöhung zum Anlaß. Um eine Ansatzpost nicht allzusehr zu überziehen, soll auf dem Sektor straßenpolizeilicher Maßnahmen einer Aufstockung des vorangeschlagenen Betrages von S 450.000,-- um S 110.000,-- auf S 560.000,-- zugestimmt werden. Sinn und Ursache sind vermehrter Aufwand an Mitteln für straßenpolizeiliche Maßnahmen.

Der Antrag lautet:

3) Buch-4511/73
<u>Krediterhöhung bei VP 14-50 oH. (Aufwand für straßenpolizeiliche Maßnahmen.)</u>

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 8. 1973 wird der Erhöhung des Kreditansatzes bei VP 14-50 oH. (Aufwand für straßenpolizeiliche Maßnahmen) von S 450.000,-- um S 110.000,-- auf S 560.000,-- zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 110.000,--
(Schilling einhundertzehntausend)

bei VP 14-50 oH bewilligt.

Die Deckung hat durch Mehreinnehmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Darf ich darüber abstimmen? Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichte. Ich darf ihm den Vorsitz wieder zurückgeben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich bitte den Berichterstatter Weiss, die nächsten Tagesordnungspunkte vorzutragen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Werte Damen und Herren!

Sie haben aus der Tagesordnung ersehen, daß ich nun über einen Antrag, betreffend das Stadttheater zu berichten habe. Es wird vorgeschlagen, den Stadttheaterbetrieb so wie bisher weiterzuführen, ohne daß die Tarife - wie Gemeinderat Treml gesagt hat, wenn man das im Kulturbereich so nennen kann - erhöht werden.

Es ergeht hiermit der Antrag des Stadtsenates:

4) K-2230/73

Stadttheater Steyr; Abwicklung der Gastspielsaison 1973/74.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Abhaltung von 20 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Gastspielsaison 1973/74 nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. IX vom 16. 8. 1973, K-2230/73, zu den bisherigen Pauschalabgeltungen wird genehmigt. Der Magistrat Steyr wird ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen.
2. Die mit Beschluß des Gemeinderates vom 19. Oktober 1972, K-1974/72, festgelegten Eintrittsgebühren gelten auch für die Gastspielsaison 1973/74.

Die Regelung über die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 4. 7. 1968, K-2600/68, wird ebenfalls beibehalten.

Wenn Sie den Bericht genau gelesen haben, ist die Zahl der Gastspiele von 22 auf 20 reduziert, das hängt damit zusammen, daß wir diesmal keinen Vertrag mehr mit dem Stadttheater St. Pölten abgeschlossen haben. Aber die Zahl der Vorstellungen und der Werkvertrag mit dem Landestheater Linz sind praktisch mehr oder weniger unverändert geblieben. Wir haben auch die Feststellung gemacht, daß wir von den oö. vergleichbaren Städten eine der besten Besucherzahlen in unserem Stadttheater aufzuweisen haben.

Ich bitte Sie, dem vorgebrachten Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ein weiterer Antrag behandelt die Bestätigung einer Bürgermeisterverfügung, betreffend die Anschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen bzw. Schulreinigungsgeräten. Es war auf Grund der Dringlichkeit schon im Sommer notwendig, diese Anschaffungen zu tätigen. Die Bürgermeisterverfügung hat das geregelt. Es handelt sich dabei um einen Gesamtbetrag von S 285.000,-- und betrifft alle mögli-

tigt sich mit dem Ankauf einer Liegenschaft. Der Antrag lautet:

8) ÖAG-4734/72
Ankauf der Liegenschaft Steyr, Viaduktgasse 3 und 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Viaduktgasse 3, EZ 2187, KG Steyr von Annemarie Krüger und Gertrude Zechmann um S 200.000,-- und Viaduktgasse 5, EZ 1381, KG Steyr, von Emma Heindl, Karl Heindl und Gertrude Zechmann um S 207.000,-- im Sinne des obigen Amtsberichtes der Magistratsdirektion wird zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten auch diesen Antrag. Stimmen Sie auch diesem Ankauf zu? Keine Gegenstimmen, daher angenommen.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag befaßt sich mit der Übereignung einer Bauliegenschaft im Zuge des II. Bauabschnittes Resthof.

Der Antrag lautet:

9) ÖAG-3672/67
Bauvorhaben Steyr, Resthof II; Übereignung der Bauliegenschaft an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH. der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der laut Lageplan des Dipl. Oswald Daxinger vom 30. 5. 1973, GZ 390/73, geschaffenen Bauliegenschaft Parzelle 1783, KG. Steyr, im Ausmaß von 89.924 m2, zum Preise von S 100,-- je m2, an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zur Errichtung des Bauvorhabens Resthof II wird zugestimmt.

Der Kaufpreis wird bis zur Bauvollendung und Ausscheidung des auf öffentliche Zwecke entfallenden Grundes zinsenlos gestundet.

Die Festsetzung der näheren Bedingungen des Kaufvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Dieses Rechtsgeschäft bedarf gemäß § 71 des Statutes für die Stadt Steyr der Genehmigung der oö. Landesregierung als Gemeindeaufsichtsbehörde.

Gemäß § 44, Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten auch diesen Antrag. Wünscht dazu jemand das Wort? Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Keine Gegenstimme, daher angenommen.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:

Eine Grundablöse im Zuge der Hundsgrabenumfahrung ist ebenfalls notwendig, und zwar beim Knoten Tomitzstraße.

10) Bau3-2271/72
Grundablösen im Zuge der Umfahrung über den Hundsgraben, linker Brückenkopf - Ausbau der Tomitzstraße - Knoten Leopold-Werndl-Straße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke des Ausbaues des Knotens Tomitzstraße - Leopold-Werndl-Straße sowie der Verbreiterung der Tomitzstraße wird den Grund-, Bauwerks- und Bewuchsablösen von Dr. Heribert und Waltraud Mayr (Parzelle 336/4), Ing. Josef Hack, Ilse Hack und Johanna Hack (Parzellen 311 und 312) sowie von der Bezirksorganisation der SPÖ Steyr (Parz. 317/1) und dem Wirtschaftsverein Arbeiterheim (Parzellen 333, 330/1 und 327) nach Maßgabe obi-

chen Gegenstände. Ich nehme an, Sie haben den Bericht gelesen und ich brauche Ihnen nicht alle Gegenstände einzeln zur Kenntnis bringen.

Ich stelle somit den Antrag des Stadtsenates:

5) GHJ1-3723/73
Anschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen bzw. Schulreinigungsgeräten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die beigeschlossene Bürgermeisterverfügung vom 16. Juli 1973, GHJ1-3723/73, wird hiermit nachträglich genehmigt.
(BEILAGE B).

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wortmeldungen hiezu? Keine. Gegenstimmen? Keine, daher einstimmig angenommen.

Herr Kollege Petermair bitte!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Zum nächstfolgenden Antrag ergeht seitens des Stadtsenates an den Gemeinderat folgender Antrag:

6) Bau2-3385/73
Übernahme des Liedlgutweges in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Übernahme des Grundstückes 1709/1, EZ 1336, Kat. Gem. Steyr und 1696/1, EZ 1335, Kat. Gem. Steyr (Liedlgutweg) in das öffentliche Gut der Stadtgemeinde Steyr wird zugestimmt.

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Ich stelle daher die einstimmige Annahme fest. Danke.

Anstelle des abwesenden Kollegen Besendorfer bitte ich Kollegen Schwarz um den Vortrag der nächsten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ anstelle des abwesenden Stadtrates Besendorfer:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 5 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzutragen. Der erste Antrag befaßt sich mit dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Dukartstraße 23.

Der Antrag lautet:

7) ÖAG-5445/72
Ankauf der Liegenschaft Steyr, Dukartstraße 23.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Ankauf der Liegenschaft Dukartstraße 23, EZ 223, KG Steyr von Frau Margaretha Schoiber zum Preis von S 400.000,-- im Sinne des obigen Amtsberichtes wird zugestimmt. Der Kaufpreis wird bei VP 29-911 aoH. freigegeben.

Ich ersuche hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag ? Nicht der Fall. Sind Sie damit einverstanden? Wenn keine Gegenstimme erhoben wird, gilt er als angenommen.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:

Auch der nächste Antrag beschäf-

gen Amtsberichtes zugestimmt.

Die Entschädigungsbeträge sind aus der bereits erfolgten Gesamtfreigabe bei VP 664-911 aoH. zu nehmen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten auch diesen Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Ebenfalls keine, der Antrag ist einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:

Die Stadtgärtnerei benötigt zur Abwicklung ihrer Tätigkeit ein Gewächshaus. Der diesbezügliche Antrag lautet:

11) GHJ1-4311/73
Errichtung eines Gewächshauses für die Stadtgärtnerei.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 14. 8. 1973 wird für die Errichtung eines Gewächshauses für die Stadtgärtnerei der Betrag von

S 130.000,--
(Schilling einhundertdreißigtausend)

bei VP 723-95 oH. freigegeben und bei derselben Haushaltsstelle eine überplanmäßige Ausgabe von

S 124.200,--
(Schilling einhundertvierundzwanzigtausendzweihundert)

bewilligt. Die Deckung dieser überplanmäßigen Ausgabe hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge sind wie folgt zu vergeben:
Glaushaus einschl. Gewächshausheizung und Glasbedarf:
Firma Voith-Werke, St. Martin bei Linz, zum Anbotspreis von
S 180.292,--
Fundamentherstellung: Firma Stromer, zum Anbotspreis von S 38.000,--
Hilfsarbeiterbeistellung: Städt. Wirtschaftshof S 12.800,--

Ich darf auch hier um Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diesen Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Gegenstimmen? Keine. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Herr Kollege Baumann bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich verlese Ihnen 2 Anträge und bitte um Ihre Genehmigung.

Der erste Antrag lautet:

12) GHJ2-5737/72
Durchführung von Adaptierungsarbeiten im städt. Objekt Steyr, Gleinker Hauptstraße 12.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 6. 1973 wird zur Durchführung von Gebäudeadaptierungsarbeiten im Hause Steyr, Gleinker Hauptstraße 12, der Betrag von

S 70.000,--
(Schilling siebzigtausend)

bei VP 329-50 oH. und ein weiterer Betrag von

S 168.000,--
(Schilling einhundertachtundsechzigtausend)

bei VP 921-37 oH. freigegeben.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Steinmetzarbeiten:
   Firma Buric, zum Anbotspreis von S 23.160,--
2. Sanitäre Installation:
   Firma Schützner u. Sohn OHG, zum Anbotspreis von S 11.944,--
3. Elektroinstallation:
   Firma Lamplmayr, zum Anbotspreis von S 27.964,--
4. Malerarbeiten:
   Firma Seywaltners Wwe., zum Anbotspreis von S 35.635,--
5. Baumeisterarbeiten:
   Firma Drössler u. Co, zum Anbotspreis von S 59.400,--

Ein Betrag von S 70.000,-- (in der obigen Freigabe enthalten) wird dem Musikverein Gleink als Subvention im Rahmen der Ausführungen des Amtsberichtes gewährt.

Ich bitte um die Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten auch diesen Antrag. Wortmeldungen hiezu? Keine. Wenn keine Gegenstimme erhoben wird, gilt der Antrag als angenommen. Danke.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Der zweite Antrag betrifft den Einbau eines neuen Heizöllagerbehälters im ehemaligen Hotel Münichholz.

Er lautet:

13) GHJ2-3764/71

<u>Einbau eines neuen Heizöllagerbehälters im ehemaligen Hotel Münichholz.</u>

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 7.8. 1973 wird zum Zweck des Einbaues eines neuen Heizöllagerbehälters im ehemaligen Hotel Münichholz, Steyr, Wagnerstraße 2 - 4, eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 206.000,--
(Schilling zweihundertsechstausend)

bei VP 921-97 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Ausführung des bautechnischen Teiles:
   Firma Kössler, zum Preise von S 86.746,50
2. Ausführung des heiztechnischen Teiles:
   Firma Schützner, zum Preise von S 92.403,--
3. Ausführung des elektrotechnischen Teiles:
   Firma Berger, zum Preise von S 8.795,--

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort zu ergreifen? Gegenstimmen? Ebenfalls keine, daher einstimmig angenommen.

Herr Kollege Fürst bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Der erste Antrag, den ich Ihnen zur Beschlußfassung vorzutragen habe, behandelt den Ankauf von Gemeinschaftskühlschränken für das Zentralaltersheim.

Wie Sie ja wissen, gehört heute praktisch zu jeder Haushaltsführung ein Kühlschrank und der alte Mensch, der in das Altersheim kommt, soll diese Einrichtung, wenn auch in verkleinerter Form, nicht missen.

Der diesbezügliche Antrag lautet:

14) Bau5-5335/62

<u>Ankauf von Gemeinschaftskühlschränken für das Zentralaltersheim.</u>

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 6. 1973 wird zur Anschaffung von Gemeinschaftskühlschränken (rund 400 Einzelkühlfächer) für das Zentralaltersheim der Betrag von

S 400.000,--
(Schilling vierhunderttausend)

bei VP 454-91 aoH. freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 100.000,--
(Schilling einhunderttausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Die Lieferung der Kühlschränke wird der Firma Schweitzer, Wels, zum Preise von S 442.028,-- übertragen.

Die Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten erfolgt gesondert.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diesen Antrag. Will dazu jemand das Wort ergreifen? Gegenstimmen wurden keine vorgebracht, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der zweite Antrag des Stadtsenates befaßt sich mit der Umstellung der Ölfeuerung im Zentralaltersheim auf Gasbetrieb (Erdgas).

Der Antrag lautet:

15) GHJ2-3861/72
Umstellung der Ölfeuerung im Zentralaltersheim auf Gasbetrieb (Erdgas).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA V, Zentralaltersheim, vom 19. Juli 1973 wird zum Zwecke der Umstellung der Ölfeuerungsanlage im Zentralaltersheim auf den Gasbetrieb (Erdgas) eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 223.700,--
(Schilling zweihundertdreiundzwanzigtausendsiebenhundert)

bei VP 454-92 oH bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Lieferung von 5 Gasgebläsebrennern:
   Firma Heiz Bösch zum Anbotspreis von S 130.650,--
2. Durchführung des Anschlusses sowie der Umschaltung und Verlegung der Gasrohrleitungen:
   Städt. Unternehmungen zum Preise von rund S 93.000,-.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten auch diesen Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Keine. Wortmeldung. Gegenstimmen? Keine, auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen den Antrag zu stellen, die vorliegende Bilanz der Städt. Unternehmungen zu beschließen. Die Bilanz wurde im Stadtsenat und auch im Finanz- und Rechtsausschuß beschlossen und zur Beschlußfassung an den Gemeinderat weitergegeben. Ich möchte auch festhalten, daß die Bilanz vom Kontrollamt überprüft

und in Ordnung befunden wurde. Der Bericht des Kontrollamtes liegt den Fraktionen des Gemeinderates zur Einsicht vor.

16) ÖAG-3773/73
Städt. Unternehmungen
Genehmigung der Jahresbilanz 1972 der Städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Jahresbilanz der Städtischen Unternehmungen 1972 wird genehmigt.
(BEILAGE C)

Ich ersuche Sie, dieser Bilanz die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort zu ergreifen? Keine Wortmeldung. Sind Sie mit dieser Bilanz einverstanden? Gegenstimmen keine, danke. Einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Umstellung auf Erdgas; Vergabe von Aufträgen und lautet:

17) ÖAG-4858/68
Gaswerk
Umstellung auf Erdgas; Vergabe von Aufträgen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

A.

Nach Maßgabe der Amtsberichte der Städtischen Unternehmungen vom 16. 5. 1973 und 7. 6. 1973 werden im Zuge der Umstellung des Gaswerkes auf die Lieferung von Erdgas folgende Aufträge (Gesamtaufwand ca. S 851.000,--) vergeben:

1. Ausführung der Vorbereitungsarbeiten zum Geräteumtausch und zur Geräteumstellung an die Firma Dipl. Ing. Friedrich Huber, Zivil-Ingenieur für Gas- und Feuerungstechnik, Wien, entsprechend dem Anbot vom 24. 8. 1971 (Punkt 2.0-2.3, jedoch ohne Geräteerhebung), ergänzt durch das Schreiben der genannten Firma vom 21. 7. 1972 und durch das Protokoll vom 9. 5. 1973 zum Preise von S 115,-- je Abnehmer zuzüglich Mehrwertsteuer (bei 4.600 Abnehmern ca. S 572.000,--).
2. Ausführung der notwendigen EDV-Arbeiten im Rahmen des Interkommunalen Rechenzentrums Linz mit einem Kostenaufwand von rund S 176.600,--.
3. Überwachung der EDV-Arbeiten an Dipl. Ing. Huber, Wien, entsprechend dem Anbot 122/73, Punkt 5.4 bis 5.10, zum Preise von S 15,-- je Abnehmer zuzüglich Umsatzsteuer (bei 4.600 Abnehmern ca. S 74.500,--).
4. Lieferung der erforderlichen Drucksorten an die Fa. Berger u. Söhne OHG, Horn, entsprechend dem Anbot vom 4. 5. 1973 zum Preise von S 22.078,--.
5. Lieferung von 19.000 Fensterkuverts an Fa. Eduard Smola, Wien, entsprechend dem Anbot vom 24. 5. 1973 zum Preise von S 6.182,--.

B.

Gleichzeitig wird einer Kostenerhöhung (durch die Umsatzsteuerbelastung) des schon vergebenen Auftrages zur Geräteerhebung (Abs. 4 des Amtsberichtes vom 16. 5. 1973) zugestimmt.

C.

Die Mittel sind von den Städtischen Unternehmungen aus den hiefür gewährten Darlehen bereitzustellen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen? Der Antrag ist angenom-

men, danke.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der nächste Antrag betrifft die Umstellung auf Erdgas - Umbaukosten. Das erfolgt in zwei Teilen. Der erste Teil Umbaukosten und Umstellungskosten auf Erdgasbetrieb der umbaufähigen und umbauwürdigen Geräte. Hier stellt die Gemeinde einen Betrag von S 800.000,-- in Form einer Darlehensaufnahme zur Verfügung. Der zweite Betrag von S 900.000,--, den uns die Unternehmungen zur Verfügung stellen, ist für die Lieferung der nicht umbauwürdigen Geräte bestimmt.
Der Antrag lautet:

18) ÖAG-4858/68
Gaswerk
Umstellung auf Erdgas; Umbaukosten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

A.

Auf Grund des Amtsberichtes der Städtischen Unternehmungen vom 20. 7. 1973 werden die Kosten für den Umbau bzw. die Umstellung auf Erdgasbetrieb der umbaufähigen und umbauwürdigen nachgenannten Gasgeräte in der voraussichtlichen Höhe von

S 800.000,--
(Schilling achthunderttausend)

von der Stadtgemeinde Steyr übernommen. Für den genannten Zweck wird eine außerplanmäßige Ausgabe in der genannten Höhe bei VP 81-91 aoH. bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.
Folgende Geräte werden hierdurch betroffen:
1. Gaskocher
2. Gasherde
3. Gasheizgeräte
4. Durchlauferhitzer
5. Warmwasserspeicher.

Nicht einbezogen werden Thermen, Kesselanlagen (Zentralheizungen) und Sondergeräte.

B.

Auf Grund des zitierten Amtsberichtes der Städtischen Unternehmungen - Gaswerk übernehmen diese die Kosten für die Umstellung der anstelle von nicht umbaufähigen oder nicht umbauwürdigen Gasgeräten angeschafften Neugeräte auf Erdgasbetrieb sowie die Montage dieser Neugeräte und die Demontage und Abfuhr der entsprechenden Altgeräte im voraussichtlichen Ausmaß von

S 900.000,--
(Schilling neunhunderttausend).

Diese Mittel sind von den Städtischen Unternehmungen aus den hiefür bereitgestellten Darlehen zu nehmen.

C.

Die Städtischen Unternehmungen - Gaswerk werden ermächtigt, im Rahmen einer Aktion neue Gasgeräte, die anstelle von nicht umbaufähigen oder nicht umbauwürdigen Geräten angeschafft werden müssen, zum Selbstkostenpreis abzugeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Sie hörten auch diesen Antrag. Wünschen Sie dazu zu sprechen? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Keine, daher angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der nächste Antrag betrifft die Lieferung und Montage der technischen Einrichtung der Erdgasübernahmestellen Resthof und Ennsleite und Lieferung und Montage von Reduzierstationen.

19) ÖAG-4028/73
Gaswerk
Lieferung und Montage der techni-

schen Einrichtung der Erdgasübernahmestellen Resthof und Ennsleite und Lieferung und Montage von Reduzierstationen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 2. 8. 1973, ÖAG-4028/73, womit wegen Dringlichkeit nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit nachträglich genehmigt:

Auf Grund des Amtsberichtes der Städtischen Unternehmungen vom 24. 7. 1973, ergänzt durch den Aktenvermerk der Magistratsdirektion vom 31. 7. 1973, wird der Auftrag zur Lieferung und Montage der technischen Einrichtung der Erdgasübernahmestellen Resthof und Ennsleite sowie zur Lieferung und Montage von Reduzierstationen im Stadtgebiet der Firma Integral-Montage, Wien, zum Anbotspreis von

S 2,287.242,41
(Schilling zwei Millionen zweihundertsiebenundachtzigtausendzweihundertzweiundvierzig 41/100)

übertragen.

Die Mittel sind von den Städtischen Unternehmungen aus den hiefür bereitgestellten Darlehen aufzubringen.

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wer wünscht dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Ebenfalls keine, daher angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Nochmals eine Bürgermeisterverfügung vom 2. 8. 1973. Der Antrag betrifft:

20) ÖAG-3915/73
Gaswerk
Bauarbeiten zur Errichtung der Erdgasreduzierstationen beim Resthof und auf der Ennsleite.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 2. 8. 1973, ÖAG-3915/73, womit wegen Dringlichkeit nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit nachträglich genehmigt:

Auf Grund des Amtsberichtes der Städtischen Unternehmungen vom 16. 7. 1973 werden die Bauarbeiten zur Errichtung der Erdgasreduzierstationen beim Resthof und auf der Ennsleite der Baufirma Heinrich Drössler zum Gesamtpreis von

S 554.738,68
(Schilling fünfhundertvierundfünfzigtausendsiebenhundertachtunddreißig 68/100)

übertragen.

Die Mittel sind von den Städtischen Unternehmungen aus den hiefür bereitgestellten Darlehen zu nehmen.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diesen Antrag. Wünscht dazu jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen sind keine erfolgt, daher angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Im Rahmen dieser Erdgasumstellung war es notwendig, die Sanierung des Niederdruckverteilungsnetzes des Gaswerkes durchzuführen.

Der Antrag lautet:

21) ÖAG-4858/68
Gaswerk
Sanierung des Niederdruckverteilungsnetzes des Gaswerkes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Städtischen Unternehmungen vom 3. 7. 1973 wird der Auftrag zur Sanierung

des Niederdrucknetzes durch Innendichtung, erforderlich geworden im Zusammenhang mit der Umstellung des Gaswerkes auf Erdgas, der Firma SÜROWA, Linz, zum Anbotspreis von

S 336.460,--
(Schilling dreihundertsechsunddreißigtausendvierhundertsechzig)

übertragen.

Die Mittel sind aus dem für diesen Zweck bereitgestellten Darlehen zu nehmen.

Ich ersuche auch hier um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diesen Antrag. Wünschen Sie dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen keine, daher angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag des Stadtsenates betrifft die Ergänzung des GR-Beschlusses betreffend den Verlustersatz 1972 (Restzahlung) an die Städtischen Unternehmungen und lautet:

22) ÖAG-322/73
Städt. Unternehmungen
Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend den Verlustersatz 1972 (Restzahlung) an die Städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. 3. 1973 wird als Verlustersatz 1972 - Restzahlung an die Städtischen Unternehmungen der Betrag von

S 300.000,--
(Schilling dreihunderttausend)

bei VP 81-50 oH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 309.800,--
(Schilling dreihundertneuntausendachthundert)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe ist aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.

Auch hier ersuche ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Keine. Gegenstimmen? Ebenfalls keine, daher angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der letzte Antrag betrifft die Beschlußfassung über die Sporthalle Steyr; Genehmigung der Tarifordnung und lautet:

23) Sport-6577/65
Sporthalle Steyr; Genehmigung der Tarifordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. IX vom 20. Juni 1973 wird die Tarifordnung der Sporthalle Steyr in der vorliegenden Fassung genehmigt.
(BEILAGE D)

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wortmeldungen hiezu? Keine. Ich darf auch hier die Zustimmung annehmen. Danke.

Herr Kollege Fritsch bitte anstelle des abwesenden Stadtrates Wallner.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT KARL FRITSCH anstelle des abwesenden Stadtrates Wallner:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen 4 Anträge des Stadtsenates vortragen und um Ihre Zustimmung bitten.

Gemeinderat Heigl verläßt um 15.00 Uhr die Sitzung.

Der erste Antrag befaßt sich mit dem Sammler F, 4. Bauabschnitt; Kanalisierung Gleink, Gruppen IV und V; Vergabe der Bauarbeiten.

24) Bau6-3065/65
Bau6-6041/70
Sammler F, 4. Bauabschnitt; Kanalisierung Gleink, Gruppen IV und V; Vergabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 8. 1973 werden für nachstehende Bauvorhaben

1) 4. Bauabschnitt Sammler F I,
2) Gruppe IV der Kanalisierung Gleink und
3) Gruppe V der Kanalisierung Gleink

bei VP 713-911 aoH

S 1,500.000,--
(Schilling eine Million fünfhunderttausend),

bei VP 713-912 aoH

S 340.000,--
(Schilling dreihundertvierzigtausend)

freigegeben und bei der VP 713-912 aoH eine überplanmäßige Ausgabe von

S 1,460.000,--
(Schilling eine Million vierhundertsechzigtausend)

bewilligt (Gesamtmittel für 1973 S 3,300.000,--).

Die Aufträge sind wie folgt zu vergeben:

Baumeisterarbeiten für

1) 4. Bauabschnitt Sammler F I der Firma Beer u. Janischofsky und Adami zum Anbotspreis von
S 3,064.295,--
2) Gruppe IV der Kanalisierung Gleink der Firma Beer u. Janischofsky und Adami zum Anbotspreis von
S 3,925.654,--
3) Gruppe V der Kanalisierung Gleink der Firma Beer u. Janischofsky und Adami zum Anbotspreis von
S 4,809.075,--

Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Gemäß § 44 Abs. 5 StS. wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Ihre Zustimmung bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diesen Antrag. Wünschen Sie dazu das Wort? Keine Wortmeldung. Wenn keine Gegenstimme erfolgt, ist der Antrag angenommen. Danke.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der zweite Antrag behandelt die Voralpenbundesstraße; Baulos Griemühle; Unterdükerung des Ramingbaches und hat folgenden Wortlaut:

25) ÖAG-1111/73
Wasserwerk
Voralpenbundesstraße, Baulos Griemühle; Unterdükerung des Ramingbaches.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 30. 8. 1973 wird für gegenständliches Bauvorhaben der Betrag von

S 243.200,--
(Schilling zweihundertdreiundvierzigtausendzweihundert)

Projektierung und Bauausführung) bei VP 664-929 aoH. nachträglich freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht dazu jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Keine, daher angenommen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der nächste Antrag lautet:

26) Bau5-5388/70
Ergänzung des StS-Beschlusses betreffend die Vergabe der Steinmetzarbeiten für den Umbau des Neutorgebäudes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Stadtsenatsbeschlusses vom 28. 1. 1971 wurde der Auftrag zur Ausführung der Steinmetzarbeiten beim Umbau des Neutorgebäudes zum Anbotspreis von S 1,167.547,- der Firma Benno Steller erteilt.

Durch zwei weitere Beschlüsse erfolgte eine Erhöhung dieses Betrages auf S 1,250.631,56.

Aus den im Amtsbericht der MA III vom 12. 7. 1973 angeführten Gründen wird die Auftragssumme neuerlich, und zwar um

S 293.000,--
(Schilling zweihundertdreiundneunzigtausend)

auf S 1,543.631,-- erhöht.

Die Mittel sind aus VP 664-911 aoH. zu nehmen.

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen? Ebenfalls keine, daher einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der letzte Antrag behandelt die Herstellung einer Straßenbeleuchtung für den Verbindungsweg von der Robert-Koch-Straße zur Schumeierstraße und hat folgenden Wortlaut:

27) En-2681/73
Herstellung einer Straßenbeleuchtung für den Verbindungsweg von der Robert-Koch-Straße zur Schumeierstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Herstellung einer Straßenbeleuchtung für den Verbindungsweg von der Kochstraße zur Schumeierstraße wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 108.000,--
(Schilling einhundertachttausend)

bei VP 711-91 aoH bewilligt. Die Dekkung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Wottawa zum Anbotspreis von S 98.210,-- übertragen.

Aus dem städtischen Lagerbestand sind Materialien im Werte von S 4.000,-- zu entnehmen.

Um Annahme wird gebeten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall, daher angenommen.

Herr Kollege Wippersberger bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 3 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Der erste Antrag behandelt die Erteilung einer

Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Einkaufszentrums an der Ennser Straße (Infracenter) und lautet:

28) Bau5-4250/73
Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Einkaufszentrums an der Ennser Straße (Infracenter).

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 18. September 1973 wird der Erteilung der Baubewilligung zur Errichtung eines Einkaufszentrums an der Ennser Straße nach Maßgabe der Planunterlagen der Infrabau Gesellschaft mbH., Wien, vom 9. August 1973 gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zugestimmt.

Es ist mir nicht unbekannt, daß dieser Antrag nicht überall auf Anerkennung stößt. Verschiedene Anrainer haben Bedenken geäußert wegen der Lärmbelästigung und einige Geschäftsleute haben anscheinend Angst vor der Konkurrenz. Auf letztere Rücksicht zu nehmen, wäre - glaube ich - gegen die Interessen der Steyrer Bevölkerung. Was die Lärmbelästigung anbelangt, so bin ich sehr zuversichtlich, ich bin überzeugt, daß es verkehrstechnische Maßnahmen geben wird und hier eine einigermaßen befriedigende Lösung gefunden wird und ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Sie hörten diesen Antrag. Wird dazu von jemandem das Wort gewünscht?
Herr Kollege Petermair bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Grundsätzlich glauben wir, gegen den vorliegenden Antrag keine Einwendungen erheben zu müssen. Wir glauben jedoch, daß trotzdem der uns heute vorgelegte Antrag etwas zu wenig überlegt worden ist und es gibt bestimmt unseres Erachtens noch andere Möglichkeiten hinsichtlich des Standortes für dieses Bauvorhaben. Eine Frage erhebt sich für uns wohl, warum gerade jetzt dieser Antrag mit einer solchen Eile behandelt wird. Unsere Fraktion hat in mehrfacher Hinsicht Bedenken, und zwar insofern, daß wir glauben, die Projektierung sei zu wenig ausgereift. Weiters ist keineswegs klargestellt, inwieweit das Bauvorhaben in Zukunft für die Bebauung des angrenzenden Geländes zu einem Zwangspunkt werden könnte und es ist unseres Erachtens nicht eingehend genug geprüft, ob durch das Bauvorhaben negative Umwelteinflüsse zu erwarten sind. Wir verlangen daher eine Vorlage eines Widmungs- und Bebauungsplanes jetzt schon für das gesamte dort vorliegende Gebiet. Zweitens Einholung eines Gutachtens über die Zumutbarkeit der Abgasimmissionen, denn es ist keineswegs noch so klar, wie es jetzt Kollege Wippersberger gesagt hat.
Drittens, welche Maßnahmen sind vorgesehen gegen die zu erwartenden Lärmimmissionen, wenn - wie der Herr Baudirektor uns erklärt hat - ca. 3.000 Pkw-Bewegungen pro Tag zu erwarten sein werden. Letztlich ist es, glauben wir, für Steyr nicht uninteressant zu wissen, welche Firmen im Infracenter untergebracht werden sollen. Der Amtsbericht spricht hier etwas nebulos, wenn er sagt, dem Vernehmen nach sollen in dem Einkaufszentrum mehrere ortsansässige Firmen untergebracht werden. Dem Vernehmen nach.
Das, meine Damen und Herren, vorerst von unserer Seite.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Als Nächster Herr Kollege Fritsch bitte!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Vielleicht darf ich an die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Petermair anschließen und zwar dahingehend, daß tatsächlich von unserer Seite aus gesehen keine konkreten und endgültigen Planungen erstellt wurden. Ohne Überlegung, welche Ausführungen uns ein etwas übereiltes und vielleicht voreiliges Projekt für die Zukunft auferlegen wird. Ich darf als kennzeichnend dafür ausführen, wie übereilt, ja fast überstürzt, man an diese Realisierung herangegangen ist, daß z. B. bei der Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses heute vor 8 Tagen bereits eine Beschlußfassung dieses Ausschusses herbeigeführt wurde, obwohl zum gleichen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen die Bauverhandlung tagte und man das Ergebnis der Bauverhandlung bei der damaligen Beschlußfassung ja noch gar nicht wissen konnte. Ich möchte vielleicht weiters erklären, daß eigentlich nur ein Teil der Steyrer Bevölkerung mit der Idee des Infracenters befaßt wurde. Vielleicht nicht einmal ein Großteil jener Leute und Bewohner dieses Gebietes, die dort tatsächlich effektive Verluste in vieler Hinsicht zur Kenntnis nehmen müssen. Ich verweise darauf, daß z. B. der Präsident der Arbeiterkammer, Herr Josef Schmidl, selbst nichts davon wußte und sich dementsprechend bestürzt zeigte von der eventuellen Realisierung. Ich möchte aber nun im Bezug auf die Verkehrsauswirkung einige Überlegungen anstellen. Es ist geplant - ich muß feststellen, daß der Gemeinderat größtenteils aus den Zeitungen informiert wird - eine Ausfahrt im derzeitigen Wohngebiet - ich möchte fast sagen Ruhegebiet der Stadt Steyr - Taschelried zu schaffen. Dort eine Ausfahrt für dieses Infracenter bedeutet - da spreche ich vielleicht als Leiter einer der 4 Schulen am Tabor - eine zusätzliche erhöhte Gefahrenquelle für unsere rund 1.000 Kinder, die diese Schule besuchen. Wir kennen bereits alle miteinander die Gefahren, die sich für unsere Schulkinder tagtäglich auf ihrem Schulweg zum jetzigen Status ergeben. Sie kennen bereits unsere ständigen Forderungen nach Unterführungen in dem betreffenden Gebiet, um eine effektive Verkehrssicherheit herbeizuführen. Die Auswirkung unserer Forderung sehen wir nur darin, daß wir in einem Schulzentrum eine sicher sehr stark frequentierte Straße noch zusätzlich errichten wollen, die allerdings noch nicht endgültig projektiert ist, denn der Herr Stadtrat Wippersberger hat gesagt, es wird sich sicher verkehrstechnisch eine Lösung finden. Das bedeutet aber gleichzeitig, daß man sich in den zuständigen Gremien über die Endprojektierung selbst noch nicht schlüssig ist. Es bedeutet aber für uns alle miteinander einzig und allein den Aspekt, daß wir unseren Kindern ein zusätzliches Gefahrenmoment tagtäglich auf ihrem Weg zur oder von der Schule aufhalsen. Ich spreche aber nicht nur im Bezug auf die Gefahrenauswirkung für die Kinder. Das gilt genauso für die Bewohner dieses Gebietes, die nachher kaum mehr die Möglichkeit haben, gefahrlos über die Straße zu kommen. Wenn Sie die Trassierung gedanklich weiterverfolgen, so muß man sagen, der nächste große Stauungspunkt wird sicherlich - auch wenn die eventuelle Einbahnregelung Kudlichgasse bzw. Holubstraße nicht in das Kalkül gezogen wird - die Einfahrt in die Umfahrung Seifentruhe sein. Wir kennen dann wahrscheinlich, den üblichen Usancen entsprechend, die allein seligmachende Lösung, na dann verampeln wir das. Sie selbst wissen alle als Kraftfahrer, daß jede Verkehrsampel auf jeden Fall einen dementsprechenden Hemmschuh für den Verkehrsfluß darstellt. Er erhöht

zwar unter gewissen Umständen die Sicherheit, das sei unbestritten, aber wir schaffen wieder in unserer gesamten etwas prekären Verkehrssituation auf dem Tabor, zusätzliche Zwangspunkte. Wenn wir diese Zwangspunkte nun weiter verfolgen, sehr geehrte Damen und Herren, dann müssen wir uns auch weiters auf die berühmte Ennser Kreuzung begeben. Auch da ist dem Vernehmen nach - das ist ein Passus, den ich dem Amtsbericht entnommen habe und der scheinbar in diesem Fall zum ständigen Sprachgebrauch wird - eine Verampelung geplant. Sie kennen, sehr geehrte Damen und Herren, die Situation jetzt schon dort im Bezug auf Stauung bei Arbeits- und Betriebsschluß. Dem möchte man durch Verampelung begegnen, deswegen, weil man noch einen zusätzlichen starken Verkehrserreger in diesem Gebiet errichtet. Ich glaube nicht, daß dieses erhöhte Verkehrsaufkommen am Ennser Knoten für die gesamte Verkehrsentwicklung in diesem Gebiet von Vorteil sein wird. Ich möchte auch weiters das Wort "dem Vernehmen nach" gebrauchen. Dem Vernehmen nach sollte bei der Einfahrt des Infracenters auch eine Verkehrsampel errichtet werden. Da muß ich wirklich fragen, wir schaffen dort einen neuerlichen Engpaß. In einer Bundesstraße wollen wir eine Verkehrsampel errichten, die den Verkehr regelt zum Zwecke einzig und allein vielleicht dafür, die Einfahrt in einen - muß ich sagen - Privatbesitz, in ein Privatgrundstück zu gewährleisten. Ich glaube auch, hier sind keine diesbezüglichen konkreten Überlegungen angestellt worden, denn das ganze Projekt Infracenter fußt größtenteils - soweit die einzelnen Gemeinderäte informiert wurden - auf irgendwelchen Vorstellungen, die noch nicht in konkrete Stadien getreten sind. Es war bisher üblich, daß die Gemeinderäte in entsprechenden Informationstagungen vor Beschlußfassung gravierender Punkte unserer Tagesordnung ausreichend und rechtzeitig informiert wurden. Ich darf aber festhalten, daß die Kenntnis über das Infracenter für die meisten von uns durch die Presse erfolgt ist und daß weiters dem Gemeinderat als letztlich beschlußfähigem Gremium die nötigen Informationen nicht oder nur sehr sporadisch oder unvollständig gegeben wurden. Wir kennen - Sie alle miteinander - viele ungeklärte Probleme in diesem Fall. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die eigentlich zuerst ausdiskutieren, ausberaten sollten, bevor wir einen Zwangspunkt schaffen in dem gesamten Gebiet am Tabor, den wir nachher nicht mehr beseitigen können und wir vielleicht dann zur Einsicht kommen, ja hätten wir anders gehandelt. Ich glaube, als verantwortungsbewußte Funktionäre für die Bürger unserer Stadt müßten wir vor einer endgültigen Beschlußfassung uns noch einmal zusammensetzen und müßten nochmals alle möglichen Gesichtspunkte zu überlegen versuchen und erst dann einen Beschluß fassen. Aus dem Faktum der Unsicherheit und aus dem Faktum der Unklarheit heraus darf ich Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, gemäß § 22 Abs. 1 in Verbindung mit 17 der Geschäftsordnung die Zurückstellung dieses Punktes von der Tagesordnung zur neuerlichen Beratung unterbreiten. Ich bitte um Ihre Zustimmung für diesen unseren Vertagungsantrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Noch einige Bemerkungen zur

Frage Einkaufszentrum. Bei der Bauausschußsitzung wurden uns sehr eingehend Informationen übermittelt. Aber auch bei dieser Sitzung habe ich damals schon einen Einwand erhoben. im Hinblick auf die nahe Taborschule. Als man erklärte, daß durch die Taschelriedsiedlung eine Straße geführt werden soll und daran gedacht ist, die Abfahrt dort durchzuführen. Ich habe damals das erwähnt und der Herr Bürgermeister war der Auffassung, da gibt es keine Gefährdung der Kinder. Ich bin aber nach wie vor der Auffassung, daß wir grundsätzlich in der Bauausschußsitzung erklärt haben, daß wir Kommunisten für den Bau des Einkaufszentrums auf dem vorgesehenen Grundstück sind, aber ich habe diese Einschränkungen gemacht und möchte auch hier in der Sitzung, wo es um die Beschlußfassung geht, doch hinweisen, daß ich die Zustimmung mit einer gewissen Einschränkung gebe und auch auffordere, daß sich das zuständige Gremium doch noch einmal beschäftigen soll mit der Zu- und Abfahrt zu diesem Einkaufszentrum. Ich bin nicht einer, der die Weisheit in dieser Frage hat, aber man soll sich doch bei anderen Städten informieren, z. B. beim Pluskaufhaus usw. Dort ist die Zu- und Abfahrt ebenfalls über eine Bundesstraße möglich, das ist verampelt und ich glaube, die Frequenz Parkfläche und Zustrom Pluskaufhaus ist wesentlich größer. Ich weiß es nicht, aber die Verkehrsfachleute und die zuständigen Personen könnten sich damit beschäftigen. Dort wird auch auf die Bundesstraße zu- und abgefahren. Das heißt, daß wir eben diesen Durchzugsverkehr ausklammern, daß wir nicht die Abfahrt durch eine Wohnsiedlung machen müssen. Die Wohnsiedlung ist eben vorhanden und hier geht es nicht nur um den Schutz unserer Schulkinder, sondern auch um die Bewohner. Ich lasse mich nicht beeinflussen von einer Zeitung, denn meine Stellungnahme war schon bekannt, als die Steyrer Zeitung geschrieben hat und ich informiert wurde, daß hunderte Anrainer sich dort beschweren. Ich glaube, wir müssen als Gemeinderäte auch diese Meinung hören. Ich glaube, die ist zu wenig eingeholt worden und ich glaube, es ist sogar Verpflichtung für die sozialistische Mehrheit, wenn man das Referat von Genossen Hillinger liest, wo er besonders darauf hinweist, daß alles unternommen werden müßte, um die Mitbürger zunächst zum Mitdenken und in weiterer Folge zur konstruktiven Mitarbeit anzuregen. Erst dann könne man von einer lebendigen Gemeindedemokratie sprechen. Ich glaube, das wäre eine Form, wo man noch einmal überdenken sollte - bitte heutiges Tagblatt, ich mache ja keine Reklame, die Mehrheit liest sie ja, hoffe ich zumindest - daß man doch noch einmal überdenkt und Fachleute entscheiden läßt, und die Ab- und Zufahrt doch auf die Ennser Straße, nach den Erfahrungen in anderen Städten, durchführt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir müssen laut Statut erst einmal darüber abstimmen, ob dem Antrag des Herrn Kollegen Fritsch Rechnung getragen wird. Wer dem Antrag des Herrn Gemeinderates Fritsch, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen von der Tagesordnung, die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 4 Stimmen (Bgm.-Stv. Petermair, GR Fritsch, GR Mayr, GR Dr. Stellnberger) für den Antrag.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung nicht gibt, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen (SPÖ, FPÖ, KPÖ gegen den Antrag).

Der Tagesordnungspunkt bleibt somit auf der Tagesordnung und kann weiteren Diskussionen ausgesetzt werden. Wünscht noch jemand das Wort?

Herr Kollege Weiss bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bin hier nicht referatsführend in dieser Sache, hätte an sich keine Ursache, mich dazu zu melden, möchte aber doch einige Aufklärungen dazu geben, die zur Richtigstellung und Klarstellung dieses Punktes meiner Ansicht nach notwendig sind. Die Frage Infracenter auf dem Gebiet, um das es sich dreht, muß man auch von einer anderen Seite her sehen. Wir haben vor einigen Jahren, es ist noch nicht sehr lange her, uns in Informationsgesprächen sehr vehement dafür ausgesprochen, in unserer Stadt Wirtschaftsankurbelungen, insbesondere im Handel, zu betreiben und alles zu tun, um die Wirtschaft in diesen Bereichen zu fördern und anzukurbeln, wo wir heute schon seit Jahren feststellen, daß viele Millionen Schilling aus Steyr in andere Städte weggetragen werden. Wir sind es unseren Freunden in Linz und Wels vergönnt, wenn sie ein Geschäft machen, aber immerhin ist uns hier das Hemd näher als der Rock. Nun haben wir das, glaube ich, so gehalten beim Bau vom Gerngroß und es hat sich gezeigt, ein Betrieb mit über S 70 Mill. Jahresumsatz ist für Steyr wertvoll. Es sind die Gespräche in unserem Kreis bereits geführt worden über den Bau eines Großkaufhauses Forum auf den Schradergründen. Auch das wird meiner Ansicht nach eine Belebung in der Geschäftswelt auf einem bestimmten Sektor, insbesondere auf dem des Großkaufhauses bringen. Wenn wir nun die beiden Standorte vergleichen mit dem Tabor, so erkennen wir, daß eine räumlich, meiner Ansicht nach, gute Aufteilung einer solchen Infrastruktur durch diese drei Großkaufhäuser getroffen ist. Ich glaube daher, daß wirtschaftlich von uns aus gesehen zunächst einmal von diesem Gesichtspunkt her die Situation günstig ist. Ich glaube auch vom verkehrstechnischen dürfen wir nicht daran vorbeigehen, daß wir heute schon Situationen haben, die wir immer noch vor uns sehen, nämlich die Verparkung der Ennser Straße im Bereich des Kaufhauses Billa und dieser neuralgische Punkt unserer Verkehrslage in Steyr könnte mit der Parkplatzsituierung beim Infracenter, wo ja bekanntlich 278 Parkplätze, glaube ich, entstehen, sofort vermieden werden. Ich möchte mich nicht näher einlassen in diese Dinge, ob dort Billa bleibt oder nicht bleibt, das weiß ich nicht, aber jedenfalls könnte man hier die Straße für den Verkehr völlig freihalten durch diese Parkplatzsituierung. Ich glaube auch, man muß eines sehen, was die Schule betrifft, hier ist insoferne dem Gespräch nach Vorsorge getroffen, daß die Beginn- und Öffnungszeiten des Infracenters, soweit ich informiert bin, für 8.30 Uhr festgesetzt sind, sodaß hier der Schulbetrieb jedenfalls in der Früh nicht betroffen ist. Das möchte ich nur nebenbei erwähnen, weil es auch bekannt sein sollte.

Es sollte auch hier, weil es immer den Anschein erweckt, als ob die sozialistische Partei vor der GR-Wahl politisch interessiert wäre, diesem Problem besondere Wichtigkeit beizumessen, angedeutet werden, daß diejenigen Steyrer Geschäftsleute, die besonderes Interesse bekunden, in diesen Infracenterbau einzuziehen, ganz bestimmt nicht der sozialistischen Partei zugezählt werden wollen. Das möchte ich zur Klärung der Situation aussprechen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Fritsch bitte!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ich darf vielleicht an die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Weiss anschließen. Er hat als Beispiel die Schradergründe angeführt und wir alle wissen, wie lange das Gespräch und wie lange die Überlegungen in punkto Schradergründe geführt werden. Da müßte man eigentlich sagen, man hätte genauso tiefgründige Überlegungen im Bezug auf das Infracenter anstellen müssen. Der Herr Vizebürgermeister Weiss hat weiters erwähnt, daß das Parkproblem bei der Firma Billa, das wir alle zur Genüge kennen, dadurch aus der Welt geschafft wird und daß wir dadurch den Verkehr werden freihalten können. Das ist ein sicher begrüßenswerter Aspekt. Nur werden wir den Verkehr durch eine Ampel, die dort gebaut wird, sicher nicht freihalten können. Ein weiteres Beispiel dafür, wie genau wir alle informiert wurden, hat uns auch Herr Vizebürgermeister Weiss gegeben. Er ist bereits über die Öffnungszeiten des noch gar nicht gebauten Infracenters informiert. Ich müßte fast fragen, wieviele Damen und Herren hier haben darüber Bescheid gewußt?

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Alle, die im Bauausschuß waren! Sie waren auch anwesend!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Daß man dadurch vielleicht dem Verkehr im Bezug auf die Auswirkungen Schule irgendwelchen Vorrang gibt.

Ich war nicht im Bauausschuß, Kollege Dresl, da mußt Du Dich geirrt haben, denn Du müßtest wissen, wer Mitglied im Bauausschuß ist. Diese Argumentation geht daneben.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ich seid doch eine Fraktion!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ich möchte weiters anführen, es könnte sein - da möchte ich keine Mißstimmung aufbringen - daß ich mich verhört habe. Herr Bürgermeister Fellinger hat in der Anfragebeantwortung unseres Kollegen Stadtrat Wallner erklärt, daß die Grundstücke aus Privatbesitz erworben wurden. Es könnte sein, daß ich mich verhört habe und ich bitte, das richtigzustellen und ich nehme das gerne zur Kenntnis, denn hier im Amtsbericht steht - der ist vom 4. September - daß eine Bauplatzbeschaffung bisher noch nicht erfolgt ist, doch sind die Grundverhandlungen soweit abgeschlossen, daß bereits ein Auftrag an einen Zivilgeometer zur Erstellung der Grundteilungspläne ergangen ist. Da muß ein Irrtum vorliegen. Weiters möchte ich, weil Herr Vizebürgermeister Weiss die Wirtschaft in seinem Beitrag erwähnt hat, festhalten, daß die Vertreter der ÖVP sich sicher nicht von rein wirtschaftlichen Aspekten und ihren Folgen und Auswirkungen im Bezug auf Konkurrenzierung usw. werden leiten lassen. Für uns ist einzig und allein maßgeblich in unseren Überlegungen die nicht geklärte und sicher auch nicht befriedigende Verkehrssituation. Die Situierung des gesamten Komplexes im Bezug auf Abgasbelästigung, im Bezug auf Lärmimmission. Man darf unter anderem auch nicht vergessen - da haben Sie auch die Beispiele der Großkaufhäuser in Linz - daß die Beladung bzw. Lieferung sicher nicht am Tage sondern in Nachtzeiten erfolgt. Daß also dadurch auf jeden Fall ein weites Gebiet der Anrainer betroffen wird. Ich möchte nochmals bitten, sich das zu überlegen, ob nicht eine Situierung geschaffen oder gefunden werden kann, die allen Teilen in gewisser Hinsicht gerecht wird. Daß eine Lösung optimalst

nicht gegeben ist, das sind wir einsichtig genug festzustellen. Ich möchte aber trotzdem noch einmal feststellen, daß wir mit der geplanten Situierung des Infracenters der Stadt Steyr und vorwiegend den Bewohnern am Tabor keinen guten Dienst erweisen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Vielleicht darf ich einige Erklärungen, vorerst einmal im Bezug auf die Anfragebeantwortung, geben. Sie haben es sicher, Kollege Fritsch, nicht richtig gehört. Ich habe im wesentlichen die Wiederholung der Anfragebeantwortung, die ich ad hoc in der Sitzung vom 19. 6. 1973 gegeben habe, gemacht. Hier stimmt das, was ich gesagt habe und ist vollinhaltlich auch in der heutigen Beantwortung aufgezählt worden. Das vielleicht ganz kurz dazu.

Zur Information, es mag hier der Eindruck entstehen, daß die Kollegen des Gemeinderates zu wenig informiert wurden. Es wurde schon in der Diskussion ausgeführt, daß eine ausreichende Information in den zuständigen Ausschüssen, a) im Bauausschuß und b) im Finanz- und Rechtsausschuß dieser heutigen Gemeinderatssitzung vorausgegangen ist.

Das sind die satzungsmäßig zuständigen Gremien, die über solche Dinge zu beraten haben, allerdings die Probleme, die Kollege Fritsch angeführt hat und die nicht zur Diskussion standen, entziehen sich alle unserer Einflußnahme.

Wir haben nicht darüber zu entscheiden, ob das Geschäft des Herrn Mayr vom Stadtplatz dorthin verlagert werden soll, wir haben nicht zu entscheiden darüber, welche Öffnungszeiten hier sein werden, wir haben nicht zu entscheiden darüber, welche Verkehrsmaßnahmen an der angrenzenden Bundesstraße von uns zu treffen sind, sondern wir haben lediglich - das steht zur Diskussion - hier darüber zu entscheiden, was wir schon in hunderten Fällen vorher gemacht haben, ob für dieses Gebiet oder für dieses Areal, das das Infracenter aus privater Hand erworben hat, eine Ausnahmegenehmigung von der Bauordnung erteilt werden soll. Vielleicht dazu auch den Vorwurf, daß hier eine mangelnde Planung vorliegt. Es ist schon einige Zeit her, wo gerade der Baureferent, Kollege Wallner, mangelnde Bauplanung kritisiert hat und ich glaube und darf es hier doch einmal sagen, daß der zuständige Baureferent, Euer Kollege Wallner, doch in erster Linie im Rahmen seines Referates die mangelnde Planung zu beheben versuchen müßte. Aber das ist nur ein kurzer Einwand. Ich möchte weiters feststellen, daß über diese Planungsabsichten in diesem Gebiet in einem Ausschuß, in dem zwei Eurer Kollegen verankert sind, Kollege Petermair wie Koll. Wallner, im Präsidialausschuß für Stadtplanung über die Grundzüge dieser Planung vom Baudirektor, vom zuständigen Beamten und der Abteilung referiert wurde und wir davon in Kenntnis gesetzt wurden. Es wurde auch gleichzeitig gesagt, warum hier noch kein rechtskräftiger Verbauungsplan vorliegt, weil in der Fortsetzung dieses Areales durch Bundeseinfluß, durch Straßenbaumaßnahmen des Bundes es derzeit unzweckmäßig wäre, eine gesetzliche Feststellung für Bauland oder Widmung zu treffen, sondern daß wir uns - das haben wir einhellig in diesem Ausschuß zur Kenntnis genommen, auch Ihre Kollegen - hier durch Ausnahmegenehmigungen fallweise im Gemeinderat, wie es gesetzlich und statutarisch festgelegt und erlaubt ist, behelfen sollen. Eine allzuweite Einflußnahme in privatrechtliche Sphären Kollege Fritsch ist nicht zweckmäßig. Genau Ihr seid es, die einen Dirigismus öffentlicher Institutionen ablehnen und möglichst von sich weisen. Heute haben Sie die Gemeinde mit Ihrem Dis-

nicht absehen kann, ob diese unsere Bedenken alle zerstreut werden und mit Rücksicht darauf werden wir uns der Stimme enthalten müssen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Wortmeldungen? Es sind keine mehr vorhanden. Ich darf über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen?
4 Stimmenthaltungen ÖVP-Fraktion (Bgm.-Stv. Petermair, GR Fritsch, GR Mayr, GR Dr. Stellnberger).

Der Antrag ist somit mit Mehrheit angenommen.

Herr Kollege Wippersberger bitte!

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Reparatur bzw. Erweiterung der Umkleide-, Brause- und WC-Anlagen im städtischen Wirtschaftshof und hat folgenden Wortlaut:

29) Bau5-3797/73
Reparatur bzw. Erweiterung der Umkleide-, Brause- und WC-Anlagen im städtischen Wirtschaftshof.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VII vom 9. 7. 1973 wird zur Reparatur bzw. Erweiterung der vorhandenen Umkleide-, Brause- und WC-Anlagen im städtischen Wirtschaftshof eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 130.000,--
(Schilling einhundertdreißigtausend)

bei VP 727-992 bewilligt. Die Deckung hat durch Einsparungen bei anderen einmaligen Ausgaben zu erfolgen.

Um Annahme wird ersucht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt jemand zu sprechen? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Keine.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste und zugleich letzte Antrag lautet:

30) Bau3-3606/73
Durchführung von laufenden Straßenerhaltungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 6. 1973 wird zur Durchführung von laufenden Straßenerhaltungsarbeiten in Christkindl, Unterhimmel und Gleink eine überplanmäßige Ausgabe von

S 360.000,--
(Schilling dreihundertsechzigtausend)

bei VP 664-51 oH bewilligt. Die Dekkung hiefür hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten diesen Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Keine, der Antrag ist daher angenommen.

Die Tagesordnung unseres heutigen Gemeinderates ist damit erschöpft. Es ist üblich, Ihnen auch eine Gesamtzusammenstellung über die Höhe der heute in Anspruch genommenen

kussionsbeitrag verpflichtet, tief in private Einflußsphären einzugreifen. Wir sollen Einfluß nehmen auf die Art der Bebauung. Das ist unser stadtbauamtliches Recht und unsere Pflicht. Aber wir sollen informieren und Einfluß nehmen. Aus diesem Beitrag ist es indirekt herauszulesen, welche Geschäftswelt, welche Betriebe im wesentlichen dort ihr Unterkommen finden sollen. Ich möchte entschieden - das steht mir glaube ich als Vorsitzender zu - Berichtigungen bringen und gerade diese Berichtigung, daß hier ausreichend in verschiedenen Gremien des Gemeinderates über dieses Problem diskutiert und beraten wurde. Gerade das möchte ich hier klarstellen zu diesen bisher geäußerten Diskussionsbeiträgen.

Herr Gemeinderat Dr. Gärber.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich glaube, daß wir als Gemeinderat die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt nicht hemmen dürfen. Wenn hier ein Infracenter geschaffen werden soll, so hat es leider den Schönheitsfehler, daß der Stadtweiterentwicklungsplan noch nicht vorliegt. Ich möchte noch einmal urgieren, daß das, was die Grazer Hochschule begonnen hat, rasch zu Ende geführt wird. Aber die Zeit ist leider so raschlebig, daß wir eben mitkommen müssen. Es nützt nichts. Wir haben nichts gemacht, wenn wir dieses ganze Problem hemmen. Die Wirtschaft erfordert es und mit den technischen Problemen der heutigen Zeit - Autos usw. - müssen wir eben auf eine andere Art und Weise fertig werden, die hier eigentlich nicht zur Debatte steht. Ich glaube, es geht hier rein um die Erfordernisse der Wirtschaft und die wirtschaftliche Belebung. Gerade der Tabor, der so rasch entstanden ist, braucht gewisse Einkaufsmöglichkeiten. Wenn wir hören, daß ohnedies schon ansässige Steyrer Geschäftsleute im Infracenter untergebracht werden, so glaube ich, können wir dazu nur ja sagen und hoffen, daß die Sache nicht verzögert, sondern eher beschleunigt wird zum Wohle aller.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr Dr. Stellnberger bitte!

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Ich glaube, daß es vielleicht doch günstig wäre, wenn man eine kurze Unterbrechung der Sitzung machen könnte, damit wir uns in dieser Sache noch einmal beraten könnten. Vielleicht ist das zeitmäßig möglich.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wenn Ihre Fraktion darüber noch einmal beraten möchte, so steht dem nichts entgegen. Die Sitzung ist damit für ca. 5 Minuten unterbrochen.

Beginn der Unterbrechung: 15.35 Uhr
Ende der Unterbrechung: 15.40 Uhr.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich darf die Sitzung wieder eröffnen. Wem darf ich das Wort erteilen? Bitte.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Ich glaube, ich brauche die Argumente nicht mehr wiederholen, wir kennen sie alle. Wir sind sicherlich die Letzten, die nicht einsehen, daß solche Großkaufhäuser auch wirtschaftliche Probleme mit sich bringen, aber wie gesagt, die Gegenargumente wären die, daß zu wenig überprüft wurde und daß man im derzeitigen Stadium

Kredite zu geben. Wir haben heute Aufträge im Ausmaß von S 13,650.800,-- bewilligt. Davon S 5,7 Mill. für die Umstellung auf Erdgas. Ich glaube auch, das ist eine interessante Ziffer.

Verehrte Damen und Herren, der Gemeinderat ist zu Ende. Nach unserem Plan ist es nicht mehr beabsichtigt, eine Gemeinderatssitzung vor der Wahl abzuhalten. Wir wissen, daß einige Kollegen ausscheiden, aber wir werden uns - das will ich heute schon sagen - erlauben, Sie zu einer der nächsten Sitzungen des neuen Gemeinderates wieder einzuladen. Wir wollen Ihnen dann den Dank für die Mitarbeit aussprechen und ich möchte damit sagen, daß wir uns heute noch dieses Dankes enthalten und ihn zur gegebenen Zeit aussprechen wollen.

Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 15.45 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER: